

# 100 Jahre tschechoslowakische Sozialdemokratie

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **57 (1978)**

Heft 6

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347551>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

### 100 Jahre tschechoslowakische Sozialdemokratie

Im April 1978 waren hundert Jahre seit der Gründungskonferenz der tschechischen Sozialdemokratie vergangen, einem Ereignis, dessen die über die ganze Welt zerstreuten exilierten Anhänger der Partei durch ein in der Bundesrepublik in deutscher Sprache erscheinendes Buch und durch eine festliche Tagung Ende Juni in Zürich gedenken wollen. Jeder Versuch, ausserhalb der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie lebenden Gesinnungsgenossen die Problematik der tschechischen sozialistischen Bewegung erklären zu wollen, setzt eine Information über die Bezeichnungen voraus, unter denen die Partei aufgetreten ist. Die Konferenz in einem Prager Vorort, die 1878 die Gründung der Partei als eines Gliedes der damals noch nicht in fester Organisationsform vorhandenen österreichischen Sozialdemokratie beschloss, hat sie als «Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei» konstituiert. Das stiess bald auf Schwierigkeiten, die sich aus dem Umstand ergaben, dass es in der tschechischen Sprache nur eine einzige Bezeichnung sowohl für «böhmisch» als auch für «tschechisch» gibt, so dass der falsche Eindruck entstehen konnte, es würde sich um eine Partei handeln, die ihren Wirkungskreis auf das damalige Königreich Böhmen (im österreichischen Staatsverband) beschränkte. Die Partei warb aber für den Sozialismus im ganzen tschechischen Sprachgebiet, das neben einer nicht unbeträchtlichen Minderheit in Wien den Grossteil der österreichischen «Kronländer» Böhmen, Mähren und Schlesien umfasste. Um anzudeuten, dass ihr Wirkungskreis nicht auf Böhmen beschränkt ist, hat sich die Partei später «tschechoslawisch» genannt. Eine grundlegende Änderung trat nach 1918 ein, als sie die früher in der ungarischen Sozialdemokratie organisierten slowakischen Gesinnungsfreunde aufnahm. Von nun an nannte sie sich «Tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei», was jedoch nicht als vom Namen des Staates abgeleitet verstanden werden darf. Im Lande gab es bis 1938, das heisst bis Hitler sie überrannte, eine unabhängige, mit der tschechoslowakischen aber zusammenarbeitende deutsche Sozialdemokratie nebst einer kleinen polnischen. (Die ungarische Sozialdemokratie der Slowakei ist in den zwanziger Jahren in der tschechoslowakischen aufgegangen.) Durch die ganze Geschichte der ersten Tschechoslowakei 1918 bis 1938 tobte der Streit, ob Tschechen und Slowaken zwei verschiedene Nationen oder nur Zweige der gleichen tschechoslowakischen Nation sind, ein Streit, der inzwischen zugunsten der Eigenständigkeit der Slowaken als Nation entschieden wurde. Ungeachtet dessen war die tschechoslowakisch firmierende Sozialdemokratie immer eine Partei, in der Tschechen und Slowaken gleichberechtigt vereinigt waren.

Die grundsätzliche Feindschaft der Tschechen gegen ihre Eingliederung in den österreichischen Staatsverband hat sich bis zum Ende der siebziger

Jahre des vorigen Jahrhunderts in einer Politik der «Abstinenz» geäußert: sie stellten keine Kandidaten fürs Parlament auf und beteiligten sich an den Wahlen nicht. Ungefähr zur gleichen Zeit, als die tschechische Sozialdemokratie gegründet wurde, hat man diese als sinnlos erkannte Zurückhaltung vom staatlichen Leben aufgegeben und Abgeordnete nach Wien entsandt. Aber das Wahlrecht war damals so reaktionär und auf die begüterten Schichten beschränkt, dass die Sozialdemokraten, wiewohl sie sich bald eines starken Anhangs unter der durch den Industrialisierungsprozess zahlenmäßig wachsenden tschechischen Arbeiterschaft erfreuten, mit einer parlamentarischen Vertretung lange nicht rechnen konnten. Erst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre gab es im Wiener Reichsrat neben deutschen auch tschechische sozialdemokratische Abgeordnete. Als jedoch die Sozialdemokratie Österreichs im Bund mit den nichtdeutschen Nationen 1907 das allgemeine Wahlrecht (für Männer!) durchzusetzen vermochte, wurden die tschechischen Sozialdemokraten bald die führende tschechische Partei. Sie waren es auch am Anbeginn der Selbständigkeit der Tschechoslowakei und stellten 1919 den Regierungschef in einer Koalition der tschechischen und slowakischen Parteien. Durch die von den Kommunisten 1920 herbeigeführte Spaltung wurde die tschechoslowakische Sozialdemokratie stark zurückgeworfen und musste sich mühselig erst wieder zu einer führenden Position durchringen. (Die deutschen Sozialdemokraten des Landes waren von der Spaltung weniger hart betroffen.) Die Existenz einer beträchtlichen kommunistischen Bewegung, die sich vorzüglich auf Industriearbeiter stützen konnte, hat den rechtsstehenden Agrariern die führende Position im Staate zuerkannt, aber bis zum traurigen Ende 1938/39 waren die tschechoslowakischen Sozialdemokraten die zweitstärkste Partei des Landes und stellten in Koalitionsregierungen den Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Von 1929 bis 1938 wurden sie in der Regierung durch die Mitarbeit der deutschen Sozialdemokraten unterstützt – zwischen den beiden Parteien hatte sich nach jahrzehntelangen Konflikten eine gute Zusammenarbeit im internationalistischen Sinne ergeben, die in dem Kampf um die Erhaltung der Tschechoslowakei als eines demokratischen Bollwerkes gegen die faschistische Welle ihre Bedeutung hatte.

Man hat den tschechischen Sozialdemokraten in der alten Internationale, wie sie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges bestand, oft ausgesetzt, dass ihr sozialistisches Kredo durch starke nationale Instinkte verwässert sei. Oft schien ihnen die Feindschaft gegen das «Deutsche» oder «Österreichische» – die beiden Begriffe vermischten sich bei ihnen – wichtiger als die Solidarität mit den deutschen Arbeitern, mit denen sie ein Bekenntnis zu sozialistischen Zielsetzungen verbinden sollte. Aber im Rückblick auf damals erscheint es heute vielleicht nicht mehr so abwegig, dass ein kleines, immer in seinem Bestand bedrohtes Volk und dessen Arbeiterpartei vor allem an die Existenz der Nation denkt.

In der Tschechoslowakischen Republik, wie sie 1918 errichtet wurde, sah die Partei die Verwirklichung ihrer Ideale, zumal sie in den ersten Jahren ihres Bestandes durchgreifende soziale Reformen – Achtstundentag, Arbeiterschutz, allgemeine Sozialversicherung – zu erwirken und zu verwirklichen vermochte. Ähnlich wie die SPD in der Weimarer Republik war die tschechoslowakische Sozialdemokratie bis 1938 die Hauptstütze des demokratischen, sozial fortschrittlichen Staates. Um so härter traf sie der Zusammenbruch des Staates 1938/39, bei dem dem deutschen Nationalsozialismus von England und Frankreich in heute kaum begreiflicher Verblendung aktiv geholfen wurde. Offiziell verschwand die Partei von der Oberfläche. Im Widerstandskampf haben ihre Anhänger ihren Mann gestellt, wofür die zahllosen Blutzeugen der Bewegung Zeugnis ablegen.

1945 ist die alte Partei neu erstanden. Die alten Führer waren vielfach in den Konzentrationslagern zugrunde gegangen. Soweit sie die deutsche Besetzung überlebt hatten, hielt man sie unter allerhand Vorwänden von der Führung fern. Es gab wieder eine tschechoslowakische Sozialdemokratie, aber Moskau hatte ihr eine Führungsschicht aufgepfropft, die der Sozialdemokratie nur die Position einer Hilfstruppe der Kommunisten zuwies. Gegen diese Verfälschung der sozialdemokratischen Ideale erhob sich bald Widerstand, der offen zum Ausbruch kam, nachdem die sowjetischen «Befreier» ihre Truppen aus dem Lande zurückgezogen hatten. Um die Sowjetunion nicht überflüssig zu reizen, ging man behutsam vor. Nach langen Vorbereitungen wurde auf dem Parteitag in Brünn im November 1947 der der Partei von Moskau 1945 aufgezwungene Parteipräsident, der Berufsdiplomat Zdenek Fierlinger, in demokratischer Entscheidung abgewählt. Gegen ein Grollen in Moskau darüber glaubte man sich dadurch absichern zu können, dass man Fierlinger nicht durch einen Funktionär ersetzte, dessen kritische Haltung den Kommunisten gegenüber bekannt war, sondern durch einen, der Reibungen mit ihnen immer zu verhindern getrachtet hatte. Das hat nichts genützt. Die Herstellung sozialdemokratischer Verhältnisse in einer sozialdemokratischen Partei hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Kommunisten zu dem Putsch entschlossen, der ihnen vor 30 Jahren, im Februar 1948, die uneingeschränkte Macht im Staat mit all den bekannten Folgen brachte. Eine kommunistische Sturmtruppe besetzte in diesem Zusammenhang auch das sozialdemokratische Parteisekretariat, verhaftete die gewählten Funktionäre (soweit diesen nicht die Flucht gelang) und setzte den abgewählten Fierlinger wieder als Parteipräsidenten ein. Seine einzige Tat in dieser Zeit war die Veranstaltung eines «Vereinigungsparteitages», der das Aufgehen der Sozialdemokraten in der Kommunistischen Partei «beschloss». So wie in der DDR gibt es auch in der kommunistischen Tschechoslowakei auf dem Papier nichtkommunistische Parteien, die als Feigenblätter der Diktatur ein Schattendasein führen. Aber genau so wie in der DDR erlaubt man auch dort nicht einmal die Scheinexistenz einer den Kommunisten dienen-

den sozialdemokratischen Partei. Selbst eine ihrem Wesen als demokratisch-sozialistische Kraft beraubte Sozialdemokratie könnte mehr Anziehungskraft auf Arbeiter ausüben als die Partei der Kommunisten. Darum darf es sie nicht geben. Das ist ein Umstand, der manchen Sozialdemokraten zu denken geben sollte, die sich Illusionen über die Kommunisten machen.

Kaum hatte sich im Frühjahr 1968 der Druck im Lande etwas gelockert, traten fünf Funktionäre der 20 Jahre lang verbotenen und verfolgten Sozialdemokratie wieder mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, die die Neubelebung der Partei verkündete. Sie hatten kein Büro, konnten als Adresse nur ein Postfach angeben und waren in ihren Agitationsmöglichkeiten beschränkt. Nichtsdestoweniger erstanden fast überall im Lande gleich Ortsorganisationen, und in dem Postfach fanden sich bald an die 200 000 Mitgliedsmeldungen. Die Reformkommunisten, die das Land regierten, versetzte das in nicht geringe Verlegenheit. Sie wagten weder, auf Popularität bedacht, den Schritt der Sozialdemokraten zu verbieten, noch wagten sie, ihm eine ausdrückliche Zustimmung zu geben. Trotzdem wurde ihnen kurz vor der sowjetischen Besetzung des Landes von Moskau als Verbrechen angekreidet, dass man in Prag die Wiedererstehung der Sozialdemokratie zulasse, der verleumderisch nachgesagt wurde, sie wolle den «Kapitalismus wiederherstellen». Darauf liessen die Proponenten der neuerstandenen Sozialdemokratie die Herrschenden wissen, sie würden «bis auf weiteres» die organisatorische und politische Arbeit einstellen. Geholfen hat dieser Akt der Entsagung nichts, wenn man es nicht als Positivum anerkennen will, dass in der Tschechoslowakei seither keine Sozialdemokraten mehr aus dem Grunde eingekerkert wurden, weil sie Sozialdemokraten sind (dafür aber andere aus ähnlichen Gründen).

Von den fünf Parteifunktionären, die vor zehn Jahren die unterdrückte Partei wieder auf die Füße stellen wollten, sind inzwischen vier gestorben – die Kerkerstrafen zwischen zehn und vierzehn Jahren, die sie abzusitzen hatten, hatten ihre Gesundheit untergraben. Der fünfte lebt im Ausland. Aber das bedeutet nicht, dass der demokratische Sozialismus in einem Lande tot ist, in dem er schon vor hundert Jahren Wurzeln geschlagen hat. Viel unverfälschtes, wenn auch vorsichtig dosiertes sozialdemokratisches Gedankengut steckte in dem Manifest der «Charta 1977», dessen Unterzeichner jetzt im Schussfeld kommunistischer Verfolgungsmassnahmen stehen. Wenn die Stunde schlägt, wird es auch in der Tschechoslowakei wieder Bekenner der Ideale des demokratischen Sozialismus geben, in dessen Vorstellung von Sozialismus die demokratischen Freiheiten nicht fehlen dürfen.

*J. W. Brügel*